



Effizienzrepublik Deutschland: Was versprechen die Parteiprogramme zur Bundestagswahl?

Stand: 22. Juni 2021, alle Angaben ohne Anspruch auf Vollständigkeit

Mehr zur Kampagne und weitere Informationen:
www.effizienzrepublik.de

Die Bundestagswahl 2021 wird entscheiden, ob Deutschland nach der Krise den Aufbruch in Richtung Effizienzrepublik Deutschland schafft. Dabei muss es gelingen, verschärfte Klimaziele zu erreichen, die Versäumnisse der letzten Jahre, insbesondere im Bereich der Energieeffizienz, mehr als nur aufzuholen und dabei eine nachhaltige und umfassende Modernisierung von Wirtschaft, Städten, Gebäuden und Infrastruktur anzustoßen.

Die vorliegenden Parteiprogramme und Entwürfe¹ wurden anhand der Wahlprüfsteine der Deutschen Unternehmensinitiative Energieeffizienz ausgewertet. Neben übergeordneten Fragen zu einer effizienten Energiewende auf Systemebene umfassen sie Maßnahmen in den Sektoren Industrie und Gebäude. Nach Beantwortung der Wahlprüfsteine durch die Parteien (erwartet im Laufe des Julis) wird diese Auswertung noch einmal aktualisiert werden, wobei diese ggf. zu weiteren Aspekten antworten.

Alle Parteien bis auf FDP und AfD äußern sich übergreifend dazu, die Energieeffizienz in Deutschland vorantreiben zu wollen, auch als Treiber einer positiven gesellschaftlichen Entwicklung. Eine systematische Ausrichtung des politischen Rahmens am Klimaschutz versprechen Grüne und Linke. Die FDP fordert als einzige Partei ausdrücklich eine umfassende Reform von Abgaben, Umlagen und Steuern auf Energie – wobei die Ziele solcher Anpassungen bei allen Parteien vage bleiben. Vorhaben zum Auslösen einer Sanierungswelle sind bei den Grünen am konkretesten. Die Potenziale der Digitalisierung für effizientere Betriebsweisen betonen CDU/CSU, Grüne und FDP. Im Industriebereich werden Carbon Contracts for Difference von Grünen und CDU/CSU unterstützt. Eine Weiterentwicklung von Produktstandards verfolgen am eindeutigsten SPD, Grüne und Linke. Die Ausrichtung von Industrieprivilegien bei Energiepreisbestandteilen an Klimaschutzinvestitionen unterstützen ausdrücklich Grüne und Linke.

	CDU/CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	AfD
1. Energieeffizienz: Rolle für Green Recovery und verbindliche Energieeffizienzziele						
2. Klimamainstreaming: in Gesetzen, Programmen, Energieabgaben, Steuern etc.)						
3. Energiewende-Dienstleistungen: Barrieren beseitigen						
4. Sanierungswelle: Standards für energetisch schlechteste Gebäude fordern und fördern						
5. Digitalisierung nutzen, Gebäudepolitik stärker an Ergebnissen ausrichten						
6. Klimaschutzinvestitionen: Absicherung (CCFD) und beschleunigte Abschreibung						
7. Produktstandards weiterentwickeln						
8. Industrieausnahmen mit Klimaschutz verbinden						

Legende:



Eindeutige Unterstützung



Zustimmung Einzelaspekte



Weitgehende Unterstützung



Unbefriedigende Antwort



Tendenzielle Zustimmung



Ablehnung o. kontraproduktiv

¹ Zur Auswertung vorliegende Programme, Entwürfe bzw. Beschlüsse siehe Quellenverzeichnis

1. Energieeffizienz: Rolle für eine Green Recovery und verbindliche Energieeffizienzziele

Wahlprüfstein: Deutschland hat jetzt die Chance, Konjunkturerholung und Klimaschutz zu verbinden: Welche Rolle spielt Energieeffizienz für Sie bei einer „Green Recovery“ und sollten die Energieeffizienzziele verbindlich (z. B. im Klimaschutzgesetz oder einem Energieeffizienzgesetz) festgeschrieben werden?

Die Programme von Grünen und CDU/CSU enthalten ein eigenes Unterkapitel zum Thema Energieeffizienz. Konkretere Maßnahmen finden sich jedoch auch bei anderen Parteien in anderen Kapiteln, z. B. insbesondere zum Gebäudebereich Erwähnung. CDU/CSU, SPD und Grüne beschreiben Klimaschutz als Chance für die wirtschaftliche Entwicklung, die Linke verspricht eine soziale und ökologische Krisenbewältigung, betont aber gesellschaftliche Konfliktpotenziale. Die FDP sieht Chancen, wenn es „richtig angepackt“ wird. Die AfD lehnt Klimaschutzpolitik ab. Zu spezifischen Energieeffizienzzielen äußert sich nur die SPD und verspricht, diese weiter zu entwickeln.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AFD
Grundaussage zur Rolle der Energieeffizienz für eine „Green Recovery“	<p>„Energieeffizienz fördern“ [...] „Klimaneutralität wird ein Wettbewerbsvorteil unserer Wirtschaft werden.“</p> <p>„Wir werden die Wirtschaft wieder in Schwung bringen und für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze sorgen. Dabei verbinden wir nachhaltiges Wachstum, Klimaschutz und soziale Sicherheit mit einander.“</p>	<p>„Mit dem Umstieg auf erneuerbare Energien müssen wir Energie zugleich effizienter nutzen.“ [...] „Unsere Industrie ist auf den Weltmärkten weiterhin führend, gerade weil sie CO₂-neutral produziert und Technologien exportiert, die die klimaneutrale Welt von morgen braucht...“</p>	<p>„Energieeffizienz - weniger ist mehr.“ Auch in einer Welt der Erneuerbaren ist Energie ein wertvolles Gut, mit dem wir sparsam und effizient umgehen müssen. Das gilt umso mehr, solange wir noch Kohle, Öl und fossiles Gas verbrennen.“ [...] „Wir schaffen klimagerechten Wohlstand“</p>	<p><i>Energieeffizienz findet nur in Bezug auf „digitale Energiewende“ Erwähnung</i></p> <p>„Packen wir es richtig an, kann er [Klimawandel] aber auch zu einer unserer größten Chancen werden.“</p>	<p>„Am preiswertesten und umweltfreundlichsten ist immer noch die Kilowattstunde, die nicht bereitgestellt werden muss“ [...] „Wir schlagen deshalb ein Sofortprogramm gegen die soziale und Wirtschaftskrise vor, das zugleich die Weichen für eine bessere, klimagerechte Zukunft für alle stellt und die Gesellschaft [...] krisenfester macht.“</p>	<p>„Den Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung und Dekarbonisierungsmaßnahmen lehnt die AfD ab.“</p>
Verbindliches Energieeffizienzziel	k.A.	„Wir werden die Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln.“	k.A.	k.A.	k.A.	<i>Lehnt Klimaschutzpolitik ab</i>

2. Klimamainstreaming: in Gesetzen, Programmen, Energieabgaben, Steuern etc.

Wahlprüfstein: Damit Investitionen in Klimaschutz Vorfahrt erhalten: unterstützen Sie einen systematischen Prüfprozess, bei dem alle Gesetze, Programme und Beschaffungsvorgaben aber auch energiebezogene Abgaben, Steuern, Umlagen und Subventionen, mit den Klima- und Energiezielen in Einklang gebracht werden?

Einzig die Grünen versprechen eine systematische Ausrichtung der Rechtsordnung auf den Klimaschutz, sowie eine ökologische Beschaffung durch die öffentliche Hand. Die SPD will klima- und umweltschädliche Subventionen abschaffen und verspricht eine klimaneutrale Beschaffung, jedoch konkret nur für Baumaterialien. Das „Entfesselungspaket“ der Unionsparteien umfasst Erleichterungen für Unternehmen, die jedoch nicht explizit an Klimaschutzfortschritte geknüpft sind. Maßnahmen wie Steuerentlastungen für Klimaschutzinvestitionen werden aber an anderer Stelle genannt. Die FDP spricht sich vor allem für Deregulierung aus, um den Umbau der Energieversorgung zu beschleunigen. Die Linke fordert keinen umfassenden Ansatz, benennt aber viele einzelne Stellschrauben.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD
Klimamainstreaming: Systematischer Prüfprozess von Gesetzen, Programmen, Beschaffungsvorgaben	k. A.	„klima- und umweltschädliche Subventionen werden wir abbauen“ [...] „Die öffentliche Hand [...] wird [...] ab 2030 ausschließlich klimaneutrale Grundmaterialien für Bauten beschaffen.“	„CO₂-Bremsen für alle Gesetze Wir wollen Klimaschutz systematisch in unserer Rechtsordnung aufnehmen“ Ausschreibungs- und Beschaffungskriterien sind so anzupassen, dass möglichst sozial-ökologisch nachhaltige Technologien vorrangig zum Einsatz kommen.“	„Bürokratie im Energiericht abbauen – unnötige Bremsen lösen“ [...] „Schnellere Verfahren erleichtern den marktgetriebenen Ausbau erneuerbarer Energien und die schnelle Realisierung der dafür nötigen Strom-, Wärme- und Gasnetze.“	„Für den notwendigen Umbau der Wirtschaft sind Regeln und Konzepte notwendig“	<i>Lehnt Klimapolitik ab</i>

Etwas ausführlicher sind die Aussagen aller Parteien zum Umbau von Abgaben, Umlagen und Steuern auf Energie – aus Energieeffizienzperspektive sind diese jedoch insgesamt unbefriedigend und auch eine systematische Zielstellung („Warum“) der Reformpläne fehlt. Lediglich die Union spricht von einer „Klimaeffizienzreform“, bei der energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf den CO₂-Ausstoß ausgerichtet werden sollen. Die FDP stellt eine „umfassende Reform“ in Aussicht, benennt dazu wie die anderen Parteien aber auch nur einzelne Stellhebel. CDU/CSU und die Liberalen setzen auf eine Ausweitung des EU-Emissionshandels (ETS) auf alle Sektoren, die Linke lehnt dies ab. Die Grünen stellen klar, dass die CO₂-Bepreisung nur ein Instrument von vielen sei. Die AfD fordert ihre Abschaffung. Grüne und SPD wollen zudem, dass im Mietwohnbereich die Eigentümer die Kosten der CO₂-Bepreisung tragen. Weiterhin sprechen

sich beide für eine pauschale Rückverteilung der Einnahmen aus der Bepreisung aus. Alle Parteien sprechen sich für ein Ende der EEG-Umlage aus, die Grünen rechnen mit ihrem Auslaufen durch Umgestalten des Gesetzes. Auch der der Ausstieg soll durch Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung (Union, SPD, Grüne, FDP) bzw. des Bundeshaushalts (SPD, Linke) finanziert bzw. einfach „gestrichen“ werden (AfD). Aus welchen Mitteln dann andere, bestehende Klimaschutzprogramme des Energie- und Klimafonds finanziert werden sollen, wenn die Einnahmen hierzu genutzt und/oder rückverteilt werden, darauf bleiben die Parteien eine Antwort schuldig. FDP und Linke sprechen sich zudem für eine Senkung der Stromsteuer aus, die Union möchte die Einnahmen aus dem Emissionshandel durch „Stromverbilligung“ an Bürgerinnen und Bürger zurückgeben. Mögliche Fehlanreize sinkender Strompreise für eine sparsame Stromnutzung werden von keiner dieser Parteien reflektiert. Im Vordergrund stehen meist Entlastungen bzw. die Sektorenkopplung (SPD). Die Linke sieht zudem günstige Sockeltarife für Durchschnittsverbräuche vor, die aber keinen Anreiz für Effizienzsteigerungen jenseits des Durchschnitts mehr bieten würden. Eine Reform von Netzentgelten thematisieren nur die Linke und die Grünen.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD
Weitergehende Aussagen zu Energieabgaben, Steuern etc.	„Wir wollen den Aufwuchspfad der CO ₂ -Bepreisung straffen und so schnell wie möglich zu einem Europäischen Emissionshandel für Mobilität und Wärme übergehen. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben. Als erstes schaffen wir die EEG-Umlage ab.“ [...] „Im Rahmen einer Klimaeffizienzreform wollen wir auf das Klimapaket aufbauen und	„Seit Anfang 2021 gilt im Zuge des nationalen Emissionshandels ein CO ₂ -Preis. In Kombination mit anderen Maßnahmen“ [...] „Um den Einsatz erneuerbarer Energien im Verkehr und der Gebäudewärme zu unterstützen („Sektorenkopplung“), werden wir die EEG-Umlage in der bestehenden Form bis 2025 abschaffen und aus dem Bundeshaushalt finanzieren. Dazu dienen auch die Einnahmen aus der CO ₂ -Bepreisung.“ [...] „Mit dem Ansteigen des CO ₂ -Preises	„Wir sehen in der CO ₂ -Bepreisung also ein Instrument von vielen“ „Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir die Einnahmen aus dem nationalen CO ₂ -Preis direkt an die Bürger*innen zurückgeben. Dazu streben wir neben der Senkung der EEG-Umlage ein Energiegeld an, das jede*r Bürger*in erhält.“ „Das EEG entwickeln wir (...) zu einem Absicherungsinstrument (...). Die EEG-Umlage wird damit langfristig automatisch auslaufen.“	„Wir Freie Demokraten wollen die Umlagen, Steuern und Abgaben auf Energie umfassend Reformieren. Denn aktuell hat Deutschland die höchsten Strompreise Europas für nahezu alle Verbrauchergruppen. Dazu wollen wir die Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß senken. Die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wollen wir schrittweise abschaffen.“ [...] „Die EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz) wollen wir schrittweise	„...die Förderung erneuerbarer Energien zu wesentlichen Teilen über den Bundeshaushalt [...] finanzieren und die Stromsteuer für private Verbraucher*innen senken.“ [...] „Eine Ausdehnung des [...] Emissionshandels auf die Sektoren Wärme und Verkehr lehnen wir ab.“ [...] „Wir wollen ein bundeseinheitliches Netzentgelt über alle Spannungsebenen einführen...“ [...] „Für den durchschnittlichen Verbrauch [...] wollen wir preisgünstige	„jegliche Form der CO ₂ -Bepreisung ist abzuschaffen“ „Wir wollen das EEG ersatzlos streichen“

energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf CO ₂ -Ausstoß ausrichten.“	werden wir für weitere sozial gerechte Ausgleichsmaßnahmen sorgen. Einen Pro-Kopf-Bonus werden wir prüfen.“ [...] „Wir werden gesetzliche Regelungen schaffen, dass der CO ₂ -Preis von den Vermieter*innen getragen wird.“	„Wir treiben außerdem eine Reform der Netzentgelte voran“ [...] „Bei der CO ₂ -Bepreisung im Wärmebereich erreichen wir Lenkungswirkung, wenn diejenigen dafür aufkommen, die die Klima-Investitionen auch tätigen: die Hauseigentümer*innen“	abschaffen, indem die Förderzusagen aus der Vergangenheit weitestgehend aus den Einnahmen der CO ₂ -Bepreisung finanziert und keine neuen Förderatbestände geschaffen werden“	Sockeltarife schaffen. Was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird teurer. Damit werden Anreize zum Stromsparen geschaffen.“
-------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

3. Energiewende-Dienstleistungen: Barrieren beseitigen

Wahlprüfstein: Bürger/innen und Unternehmen brauchen technische und finanzielle Hilfe, um bei der Energiewende in einem vernetzten System mitmachen zu können. Doch Energiedienstleister stehen vielen Barrieren in Gesetzen und Förderprogrammen gegenüber. Unterstützen Sie es, diese konsequent zu beseitigen?

Energiedienstleistungen finden in den Programmen von Grünen (Pacht, Leasing, Contractingmodelle für Solardächer) indirekte Erwähnung. Auch bei den von den Parteien erwähnten Mieterstrommodellen (Union, SPD, Linke) und gemeinschaftlichen Versorgungskonzepten (SPD, Linke), bei Ausbau, Modernisierung und Betrieb von Wärmenetzen (Union, SPD, FDP), Quartiersansätzen (Union, SPD), Betriebsoptimierungen (SPD) und vor allem in verknüpften Energiesystemen (Grünen) haben Energiedienstleister ein erhebliches Potenzial zur Erreichung der Klimaziele. Die Beseitigung der zentralen vielfältigen regulatorischen Barrieren, die diesen Markt hemmen und Anbieter diskriminieren, werden nur von der Union und auch nur im Zusammenhang mit Mieterstrom genannt. Einzig die FDP fordert mit Blick auf die Netzinfrastrukturen schnellere Genehmigungsverfahren als einzelnen Aspekt. SPD und Grüne versprechen mehr Förderung. Die Linke fordert eine Verstaatlichung der Versorgungsinfrastruktur.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD
Energiewende-Dienstleistungen: Barrieren beseitigen	„Zur Effizienzgewinnung setzen wir vor allem auf technologische Weiterentwicklung und Innovationen [...]. Hierzu gehören	„Damit die Energiewende vor Ort zur Win-Win-Situation für alle wird, laden wir Bürger*innen und Gemeinden zum Mitmachen ein,	„Deshalb werden wir Solardächer fördern und zum Standard machen. (...) Leasing-, Pacht- und Contractingmodelle können	Schnellere Verfahren erleichtern den marktgetriebenen Ausbau erneuerbarer Energien und die schnelle Realisierung der dafür	„Um die Energiewende voranzubringen, wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Hauseigentümer, Mietervereinigungen,	k. A.

<p>Quartiersansätze, die Wärmeeffizienz, der Ausbau und die Modernisierung der Wärme- und Stromnetze“ [...] „Wir werden ‚Mieterstrom‘ voranbringen und noch bestehende Hemmnisse abbauen – auch um lokale Zusammenschlüsse zu erleichtern. Mieter sollen genauso von der Energiewende profitieren wie Eigenheimbesitzer.“</p>	<p>indem wir Mieterstrom und gemeinschaftliche Eigenversorgung stärken, kommunale Beteiligungsmodelle ausweiten und nachhaltige Stromanleihen auflegen.“ [...] „Zugleich werden wir Investitionen in Wärmenetze und Quartierskonzepte staatlich fördern.“</p>	<p>hier unterstützend wirken. [...] Dabei ist es für die Energieeffizienz maßgeblich, von der Einzelbeheizung weg und hin zu verknüpften Systemen zu kommen [...]. Dabei werden wir auch Industrie und Wirtschaft in die Wärmesysteme einbinden. Solche verbundenen klimaneutralen Energiesysteme werden wir fördern, besonders in städtischen Gebieten.“</p>	<p>nötigen Strom-, Wärme- und Gasnetze.“</p>	<p>Betriebe und Kommunen verbessern, die ihre Energieversorgung in die eigene Hand nehmen wollen. DIE LINKE unterstützt Mieterstromkonzepte einer hauseigenen Stromversorgung durch Blockheizkraftwerke im Keller oder Photovoltaikanlagen (PV) auf dem Dach.“ [...] „Strom- und Wärmenetze müssen in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden.“</p>
---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

4. Sanierungswelle: Standards für energetisch schlechteste Gebäude fordern und fördern

Wahlprüfstein: *Die energetisch schlechtesten Gebäude müssen zügig wirtschaftlich und sozialverträglich modernisiert werden. Unterstützen Sie die Einführung energetischer Mindeststandards im Gebäudebestand, gepaart mit abgestimmten, ausreichend ausgestatteten und möglichst klimazielf kompatiblen Förderprogrammen?*

Union, Grüne und Linke sprechen sich für die Weiterentwicklung energetischer Standards für Gebäude aus und fordern mehr Tempo bei der Gebäudesanierung. CDU/CSU wollen dabei die Wohnungsunternehmen in die Pflicht nehmen. Während die Grünen die Erstellung eines Sanierungsfahrplans bei Eigentümerwechsel (ohne genannte Umsetzungspflicht, jedoch Fördermöglichkeit) vorschlagen, sieht die Linke verbindliche Stufenpläne zum Erreichen bestimmter Zielniveaus vor. Gleichzeitig wollen beide Parteien jedoch die Modernisierungsumlage strikt begrenzen. Können sich Eigentümerinnen und Eigentümer Sanierungen nicht leisten, will die Linke einen „Schirm der Wohnungsgemeinnützigkeit“ anbieten. Ob dies zu Steigerungen der Sanierungsaktivität führt, ist fraglich. Für die Union ist die energetische Sanierung des Gebäudebestands „ein Muss“ und soll schrittweise unterstützt werden. Hierfür setzen CDU/CSU auf bessere Sanierungsförderung für Betriebsgebäude und vermietete Wohnungen (ohne jedoch konkrete Standards zu nennen) und möchten Mieter und Mieterinnen gleichzeitig vor hohen finanziellen Belastungen schützen. Was die geforderte Beteiligung der Wohnungsbaugesellschaften für die Verteilung des CO₂-Preises bedeutet, bleibt abzuwarten. Die SPD benennt keine konkreten Rahmenbedingungen jenseits der CO₂-Bepreisung (vgl. Punkt 2) und dem Ziel der Warmmietenneutralität. Die AfD möchte sämtliche Standards im

Gebäudebereich abschaffen bzw. auf ein Mindestmaß zurückfahren. Auch die Förderung von Effizienzhäusern lehnt sie ab.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AFD
Sanierungswelle: Standards für energetisch schlechteste Gebäude fördern und fördern	<p>„Um die energetische Sanierung von Wohn- und Gewerbeimmobilien noch besser zu fördern, werden wir die KfW-Programme attraktiver gestalten.“ [...] „Zur Effizienzgewinnung setzen wir vor allem auf technologische Weiterentwicklung und Innovationen. [...] Hierzu gehören [...] energetische Baustandards.“ [...] „Die Steuerförderung der Gebäudesanierung wollen wir auf vermietete Immobilien und auf Gewerbeimmobilien ausdehnen.“ [...] „Gebäude energetisch sanieren: Die energetische Sanierung unseres Gebäudebestands ist ein Muss. [...] Wir nehmen die Wohnungsbaugesellschaften in die Pflicht. Zudem</p>	<p>„Die Energieversorgung Deutschlands basiert dann [2045] vollständig auf erneuerbaren Energien, unsere Gebäude werden effizient mit erneuerbaren Energien beheizt.“ [...] „Auch der Gebäudesektor muss schrittweise CO₂-neutral werden. Mit dem CO₂-Preis wollen wir vor allem Investitionen lenken und Vermieter*innen zur Modernisierung motivieren.“</p>	<p>„Klima-Sanierungsoffensive bei Gebäuden: [...] Dreh- und Angelpunkt ist die Festlegung hoher Bau- und Sanierungsstandards: bei Neubauten KfW 40 [...], im Gebäudebestand nach Sanierung KfW 55 – mit Ausnahmen für denkmalgeschützte Gebäude. Die KfW-Förderprogramme werden wir weiterentwickeln“ [...] „Die Sanierungsquote muss sehr schnell verdoppelt und weiter gesteigert werden. Der Einsatz von serieller Sanierung kann hier ein Weg sein. Die öffentliche Hand muss mit ihren Gebäuden als Vorbild vorangehen. [...] Bei jedem Eigentümerwechsel muss ein Sanierungsfahrplan vorgelegt werden. Für die Umsetzung [...] können Förder-</p>	k. A.	<p>„Mit verbindlichen gebäudescharfen Stufenplänen, die bis zu einem bestimmten Zeitpunkt flexibel zu erreichende Energieeffizienzniveaus zum Inhalt haben, wollen wir bis 2035 einen klimaneutralen Gebäudebestand garantieren...“ [...] „Die Modernisierungsumlage wollen wir abschaffen [...] Aufschläge auf die Miete sollen nur noch in Höhe der erreichten Einsparung [...] zulässig sein.“ [...] „Vermieter*innen, die die Kosten einer energetischen Sanierung nicht tragen können, können sich unter den Schirm der Wohnungsgemeinnützigkeit begeben.“ [...] „Auch arme Menschen haben ein Recht auf energetisch sanierten</p>	<p>„Die AfD lehnt das neue GEG (Gebäudeenergiegesetz) ab, denn es führt zu weiteren Mietsteigerungen ohne angemessene ökologische Verbesserungen.“ [...] „Die AfD fordert daher die Reduktion der überzogenen Standards und Vorgaben, die Streichung der Energieeinsparverordnung sowie den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein notwendiges Mindestmaß zurückzuführen.“ [...] „Statt teurer Förderung von Energieeffizienzhäusern wollen wir gestaffelte Teilerlasse nach Kinderzahl.“</p>

	werden wir die steuerliche Förderung der energetischen Sanierung, insbesondere von Betriebsgebäuden und von vermieteten Wohnungen, weiter verbessern. Schrittweises Sanieren soll besser gefördert werden, da schon kleine Maßnahmen wichtig und wirksam sind.“		programme unterstützend wirken.“ [...] “Die Modernisierungsumlage wollen wir strikt begrenzen...“		Wohnraum. Wir wollen kurzfristig eine Klimakomponente bei den Kosten der Unterkunft und Heizung einführen und das Wohngeld angemessen erhöhen.“	
--	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

5. Digitalisierung nutzen, Gebäudepolitik stärker an Ergebnissen ausrichten

Wahlprüfstein: *Damit Einsparpotenziale vollständig im tatsächlichen Betrieb von Gebäuden erschlossen werden, spielt die Digitalisierung eine Schlüsselrolle. Unterstützen Sie es, Förderung und Ordnungsrecht im Bereich Energieeffizienz verstärkt an nachgewiesenen Ergebnissen auszurichten?*

Das Programm der Grünen benennt in einem Unterkapitel „Grüne Digitalisierung“ deren Potenziale für eine effizientere Energienutzung. Ähnlich stellen auch die Vorschläge der CDU/CSU Betriebsoptimierung und Digitalisierung in einen engen Zusammenhang zur Effizienzsteigerung. Die FDP benennt als konkrete Beispiele Potenziale zur Wärme- und Beleuchtungssteuerung. Die Grünen versprechen darüber hinaus, die Digitalisierung des Planens und Bauens zu fördern und sprechen sich für serielle Sanierungen aus. Die Integration all dieser Aspekte in den Ordnungs- und Förderrahmen bleibt jedoch bei allen Parteien unkonkret. Die AfD äußert sich im Zusammenhang mit Energiethemen nicht zur Digitalisierung, die SPD nur in Bezug auf Stromnetze. Die Linke stellt negative Verbrauchseffekte der Digitalisierung in den Vordergrund, will hier jedoch auch Maßnahmen zu deren Begrenzung umsetzen. Ebenso wie die FDP setzt sie beispielsweise auf die Nutzung der Abwärme von Rechenzentren, welche auch die Grünen klimafreundlicher machen wollen.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD
Ergebnisorientierung: Digitalisierung nutzen, Gebäudepolitik stärker an Ergebnissen ausrichten	„Zur Effizienzgewinnung setzen wir vor allem auf technologische Weiterentwicklung und Innovationen [...] Hierzu gehören	k. A.	„ Grüne Digitalisierung: Ob vernetzte Fahrzeuge, effiziente Industrie, punktgenaue Verteilung regenerativer Energie oder	„Denn die Verbesserung der Energieeffizienz, die Flexibilisierung des Verbrauchs und der Tarife sowie die Sicherstellung der	„Die Digitalisierung erfordert einen hohen Energie- und Ressourcenverbrauch für Rechenzentren und Endgeräte.	„Wir benötigen eine bundesweite Vereinfachung und Vereinheitlichung des Baurechtes und eine Beschleunigung von Verfahren

<p>[...] die Digitalisierung und Betriebsoptimierungen...“</p> <p>[...]</p> <p>„Wir werden die Digitalisierung nutzen, um kosteneffizienter CO₂ zu verringern und Startups sowie kleine und mittlere Unternehmen fördern, die digitale Lösungen für Energie- und Ressourceneffizienz entwickeln.“</p>		<p>intelligente Bewässerung auf Feldern: Mit digitalen und datengetriebenen Innovationen können wir den Energie- und Ressourcenverbrauch besser reduzieren und Zukunftstechnologien führend werden.“</p> <p>[...]</p> <p>„Wir fördern außerdem die Digitalisierung von Planen und Bauen“</p> <p>[...]</p> <p>„Der Einsatz von serieller Sanierung kann hier ein Weg sein.“</p> <p>[...]</p> <p>„Zugleich gilt es, Anreize zu schaffen, um den Stromverbrauch von Rechenzentren zu reduzieren, einschließlich Umstellung auf Wasserkühlungssysteme, und CO₂-neutrale Rechenzentren zu fördern.“</p>	<p>System- und Versorgungssicherheit kann nur durch konsequente Digitalisierung gelingen.“</p> <p>[...]</p> <p>„Auch im privaten Bereich lassen sich durch Digitalisierung enorme Energieeffizienzpotentiale heben – zum Beispiel bei der Wärme- und Beleuchtungssteuerung [...].“</p> <p>Darüber hinaus wollen wir durch den gezielten Ausbau der Forschungsförderung für energie- und ressourcensparende Informations- und Kommunikationstechnik sowie durch Anreize zur Abwärmenutzung von Rechenzentren die nächsten großen Potentiale heben, um dem Ziel der Klimaneutralität von Rechenzentren einen weiteren Schritt näher zu kommen.“</p>	<p>[...]</p> <p>„Für die öffentliche Beschaffung müssen strenge sozial-ökologische Vorgaben gelten“</p> <p>[...]</p> <p>Für die Softwareprogrammierung müssen Vorgaben zur energiesparenden Programmierung erfolgen.“</p> <p>[...]</p> <p>Die Abwärme von Rechenzentren muss verpflichtend zur Gebäudeheizung (Nah- und Fernwärmeversorgung) eingesetzt werden.</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

6. Klimaschutzinvestitionen: Absicherung (CCFD) und beschleunigte Abschreibung

Wahlprüfstein: *Damit Industrie und Mittelstand bis 2050 klimaneutral werden können, sind Anreize für Klimaschutzinvestitionen zentral. Unterstützen Sie Carbon Contracts for Difference für Effizienzmaßnahmen und/oder eine beschleunigte Abschreibungsmöglichkeit für Klimaschutzinvestitionen?*

In den Programmen von CDU/CSU und Grünen spielen sogenannte Carbon Contracts vor Difference, Differenzverträge zur Absicherung künftiger CO₂-Preise für langfristige Klimaschutzinvestitionen, eine Rolle. Deren Erweiterung auf weitere Branchen- oder Technologiefelder findet aber keine Erwähnung. Beide Parteien wollen sich zudem für verbesserte Abschreibungsbedingungen einsetzen, bei der Union werden in diesem Zusammenhang ausdrücklich auch Investitionen in Energieeffizienz genannt. Auch die FDP möchte die Abschreibungsbedingungen verbessern, jedoch ohne Fokussierung auf Klimaschutz.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD
Carbon Contracts vor Difference öffnen, auch für Energieeffizienz	„Ergänzend wollen wir [...] Carbon Contracts for Difference) einführen.“ [...] „Wir sehen in Carbon Contracts for Difference ein wichtiges Instrument, um Unternehmen beim Klimaschutz zu unterstützen.“	k.A.	„Klimaverträge (Carbon Contracts for Difference), die die Differenz zwischen dem aktuellen CO ₂ -Preis und den tatsächlichen CO ₂ -Vermeidungskosten finanzieren, sorgen für Investitionssicherheit“ [...] „Klimaverträge helfen, dauerhafte Planungssicherheit für langfristige Klimaschutzinvestitionen zu geben.“ [...]	k.A.	k.A.	k.A.
Beschleunigte Abschreibungsmöglichkeit für Klimaschutzinvestitionen	„Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO ₂ -Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können.“ [...]	k.A.	„Damit die Investitionen schon heute in auch langfristig klimaverträgliche Anlagen fließen können, fördern wir mit Investitionszuschüssen und degressiven	„Verbesserte Abschreibungsbedingungen Wir Freie Demokraten wollen die Abschreibungsbedingungen verbessern. Hierzu sollen die degressive Abschreibung	k.A.	k.A.

	<p>„Wir werden gewerbliche Investitionen, die einen Beitrag zur Energieeffizienz und CO₂-Reduzierung leisten, durch eine schnellere Abschreibung begünstigen.“</p>		<p>Abschreibungen direkt die Transformation.“</p>	<p>(AfA) für bewegliche Wirtschaftsgüter verstetigt und für digitale Güter einheitliche und verkürzte Abschreibungsfristen von höchstens drei Jahren festgesetzt werden, sofern nicht eine Sofortabschreibung in Betracht kommt. Die Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wollen wir erhöhen. Um Investitionen in den Wohnungsbau zu fördern, wollen wir hier die lineare Abschreibung von zwei auf drei Prozent erhöhen.“</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--	---------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

7. Produktstandards weiterentwickeln

Wahlprüfstein: *Der Energie- und Ressourcenverbrauch von Produkten, auch solchen in Industrieanlagen und Maschinen, entscheidet sich bereits maßgeblich bei deren Herstellung: Unterstützen Sie eine Weiterentwicklung der Europäischen Produktstandards (Ökodesign), auch im Sinne der Circular Economy?*

Klare Bekenntnisse zur Weiterentwicklung von Produktstandards geben SPD, Grüne und Linke ab. Die Unionsparteien setzen auf eine ambitionierte Standardsetzung gemeinsam mit anderen großen Volkswirtschaften und möchten die CO₂-Bilanz von Produkten für Verbraucherinnen und Verbraucher transparenter gestalten. Kreislaufwirtschaft spielt in diesem Zusammenhang bei Union, Grünen und der Linken eine ausdrückliche Rolle. Die FDP setzt auf umfassende Ökobilanzierungen als Regulierungsgrundlagen, z. B. für Kunststoffprodukte.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AfD
Produktstandards weiterentwickeln	<p>„Um unsere Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen, streben wir international höhere Standards und angepasste Preise an. Zudem wollen wir in internationalen Klimakooperationen mit großen Volkswirtschaften ambitionierte Standards etablieren.“</p> <p>[...]</p> <p>„Wir werden Verbraucherinnen und Verbraucher bei Investitionen in besonders ressourcenschonenden digitalen Technologien unterstützen. Sie müssen bei Konsum- und Produktionsentscheidungen auf einen Blick nachvollziehen können, welche CO₂-Bilanz ein Produkt hat.“</p>	<p>„Wir werden die Energieeffizienzziele und -standards weiterentwickeln.“</p>	<p>„Wir wollen mit ehrgeizigen Vorgaben in Form von Grenzwerten, CO₂-Reduktionszielen und Produktstandards der deutschen und europäischen Wirtschaft Planungssicherheit geben und Impulse für neue Investitionen setzen. „</p> <p>„Diese hohen Standards wollen wir im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation des Binnenmarkts erhalten und ausbauen, denn sie stärken die Innovationskraft der Unternehmen...“</p> <p>[...]</p> <p>„Den Weg dorthin [Kreislaufwirtschaft] weisen wir mit verbindlichen Herstellerverpflichtungen, ambitionierten Recyclingquoten, Steuer- und Abgaberegungen, Normen und Standards und gezielten Förderprogrammen“</p>	<p>„Wir Freie Demokraten werden uns bei der ökologischen Bewertung von Produkten aus Kunststoff und alternativen Materialien wie Papier und Glas konsequent an Ökobilanzen orientieren. Kunststoffe sind vielfältig einsetzbar und günstig. Durch ihr geringes Gewicht wird CO₂ eingespart. Ökobilanzen machen die Umweltwirkung von Produkten transparent und ermöglichen eine wissenschaftsbasierte Bewertung, auf deren Basis notwendige Regulierungen erfolgen können.“</p>	<p>„Wir wollen die Ökodesignvorgaben für Produkte erweitern, um Anforderungen an Lebensdauer, Update-, Upgrade-, Reparatur-, Weiterverwend- und Recyclbarkeit zu schaffen. Wir unterstützen das »Top-Runner-Modell« für die Produktion von Geräten (das nachhaltigste Gerät zu einem bestimmten Zeitpunkt setzt den neuen Standard).“</p>	k.A.

8. Industrieausnahmen mit Klimaschutz verbinden

Wahlprüfstein: Berechtigte Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen machen deren Energieverbrauch günstiger: Sollten solche Privilegien im Gegenzug an Effizienzfortschritte geknüpft werden oder zumindest verhindert werden, dass Klimaschutzinvestitionen zu deren Verlust und damit Fehlanreizen führen?

Die Grünen sprechen sich für eine Kopplung von Strompreisvergünstigungen für wettbewerbsintensive Unternehmen an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen aus. Die Linke fordert für sämtliche steuerfinanzierten Vorteile Gegenleistungen, auch in Form der Umsetzung ökologischer Investitionspläne, sowie eine Streichung ungerechtfertigter Industrierabatte. Bei FDP, CDU/CSU und SPD steht der Schutz der Unternehmen im internationalen Wettbewerb im Vordergrund – weitergehende Bedingungen werden nicht genannt. Die AfD stellt grundsätzlich den Beitrag der Industrie am Klimawandel in Frage.

	CDU/CSU	SPD	Bündnis 90/ Die Grünen	FDP	Die Linke	AFD
Industrieausnahmen mit Klimaschutz verbinden	„Bei allen Maßnahmen werden wir darauf achten, dass Produktionsprozesse nicht in Drittstaaten mit geringeren Klimaschutzstandards verlagert und Emissionen dort weiterhin ausgestoßen werden (Carbon-Leakage-Schutz).“	„Außerdem werden wir dafür sorgen, dass für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, auch der Industriestrompreis wettbewerbsfähig ist.“	„Strompreisvergünstigungen für Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, sollen an die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen geknüpft werden.“	„Wir Freie Demokraten wollen deutsche Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch klimapolitische Maßnahmen schützen.“	„Keine Steuer-gelder ohne Gegenleistung – staatliche Gelder (egal ob direkte Hilfszahlungen oder versteckte Subventionen) müssen an [...] verbindliche Investitionspläne gebunden werden, um den notwendigen ökologischen Umbau der Produktion voranzutreiben...“ [...] „Ungerechtfertigte Industrierabatte bei Ökosteuern, Netzentgelten, Emissionshandel und im Erneuerbare-Energien-Gesetz müssen entfallen.“	„Es ist bis heute nicht nachgewiesen, dass der Mensch, insbesondere die Industrie, für den Wandel des Klimas maßgeblich verantwortlich ist.“



Quellen:

CDU/CSU (2021): Das Programm für Stabilität und Erneuerung. Gemeinsam für ein modernes Deutschland.

SPD (2021): Aus Respekt vor deiner Zukunft. Das Zukunftsprogramm der SPD.

Bündnis 90/Die Grünen (2021): Deutschland. Alles ist drin. Programmentwurf zur Bundestagswahl 2021.

Bündnis 90/Die Grünen (2021): Beschluss (vorläufig) 46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

FDP (2021): Nie gab es mehr zu tun. Wahlprogramm der freien Demokraten.

Die Linke (2021, Entwurf): Zeit zu Handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit.

AfD (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag.

Impressum:

Herausgeber und inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 5 TMG & §55 RStV

Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz e. V. – DENEFF

Geschäftsstelle: Kirchstr. 21 – 10557 Berlin

Vereinssitz: Goebenstr. 10a – 10783 Berlin (keine Postanschrift!)

Telefon: 030 / 36 40 97-01

Fax: 030 / 36 40 97-42

E-Mail: info@deneff.org

Eingetragen im Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg
unter Nr. 30204 B

Vorstandsvorsitzender: Carsten Müller

Geschäftsführende Vorstände: Martin Bornholdt, Christian Noll